

Individuelle und strukturelle Wohnungsanpassung

Einführung in das Thema

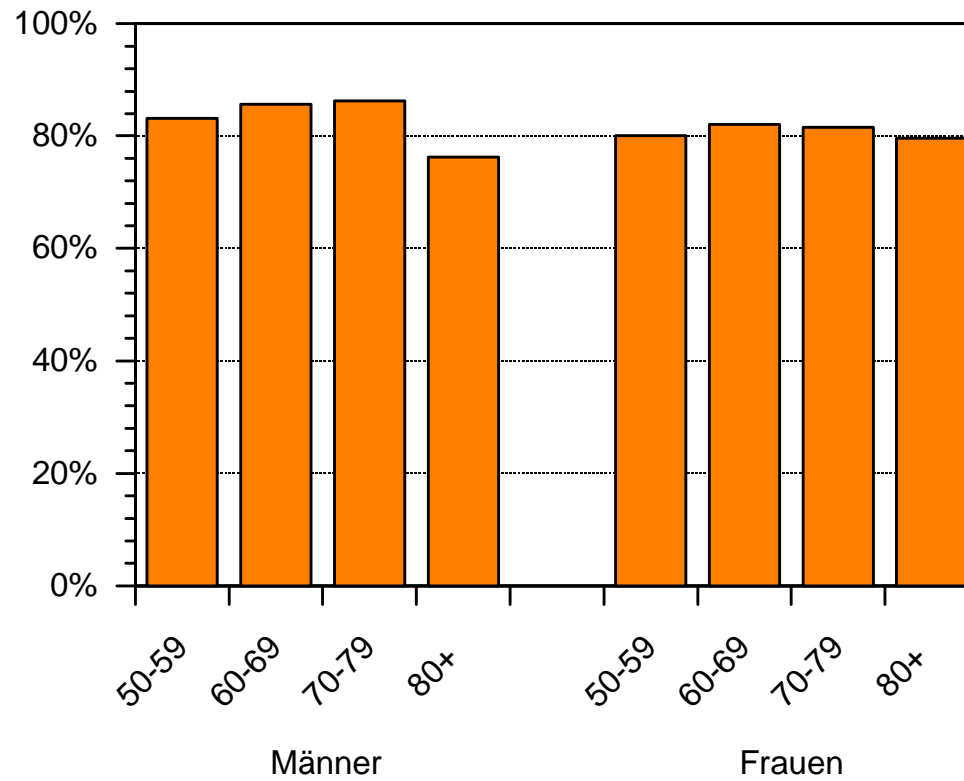
Harald Künemund

Universität Vechta
Institut für Gerontologie

Hintergrund: Demographische Entwicklung

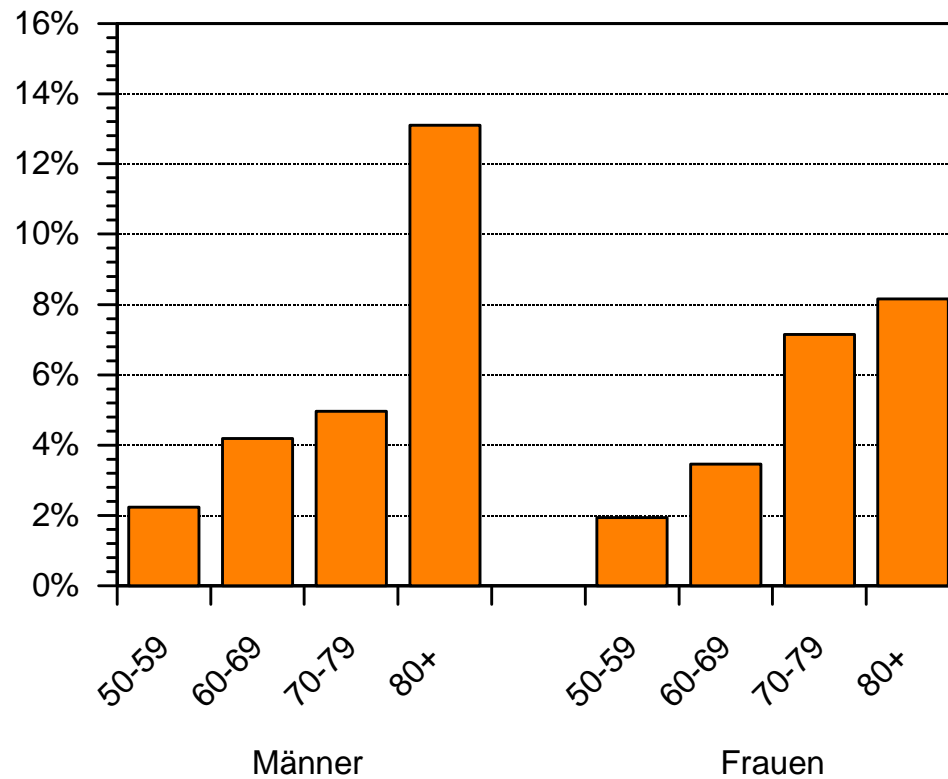
- Zunahme des Anteils und der Anzahl Älterer sowie steigende durchschnittliche Lebenserwartung
 - Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl und Anstieg des Anteils Kinderloser
 - Möglicherweise auch Zunahme des Anteils alleinstehender Personen
-
- ⇒ Engpässe bei der familialen Versorgung und Betreuung Älterer
 - ⇒ Steigende Notwendigkeit von staatlichen oder privaten Dienstleistungen und informellen Netzwerkhilfen im Pflegefall
 - ⇒ Potentiale für technische Assistenzsysteme
 - ⇒ Notwendigkeit der individuellen und strukturellen Wohnraumanpassung

Wohnwunsch – Eigene Wohnung



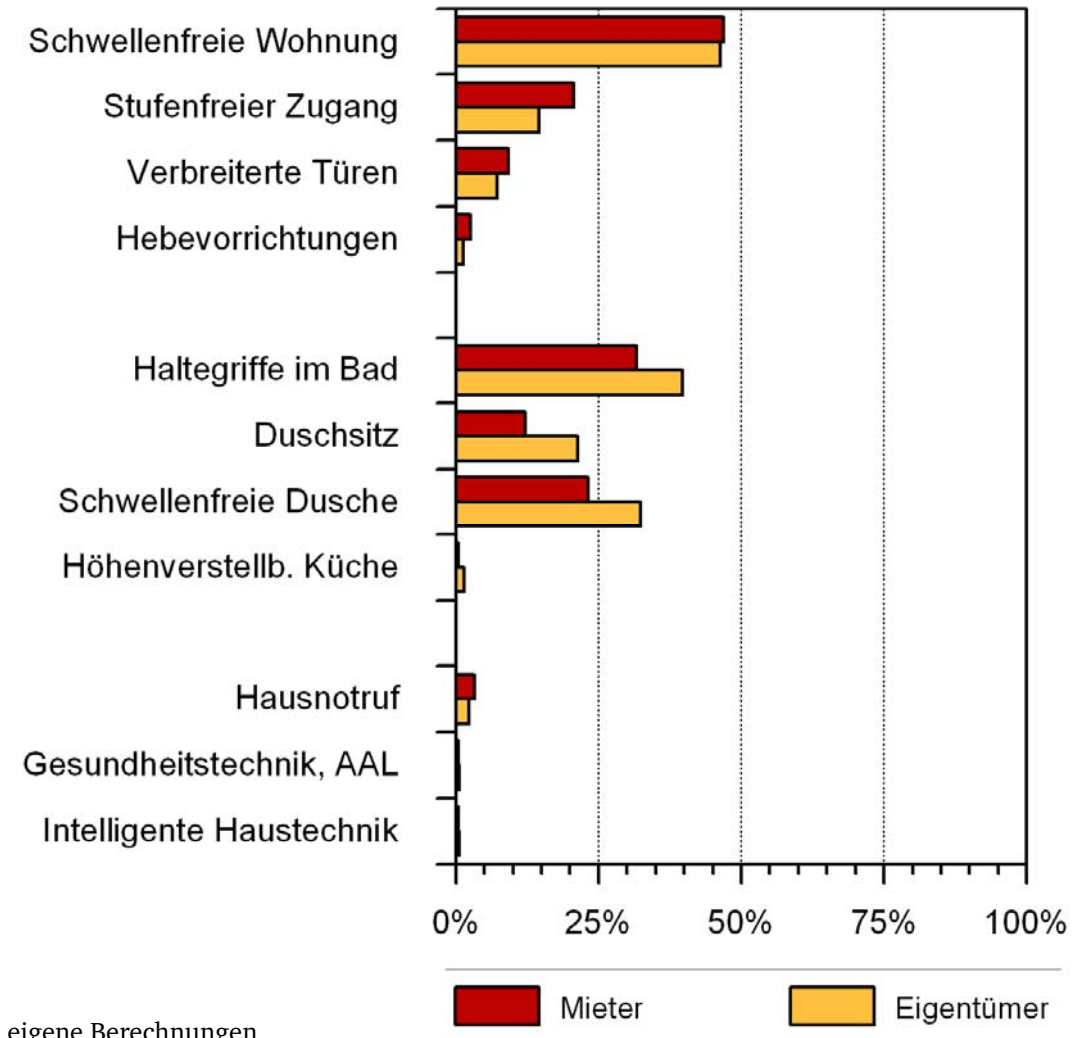
Quelle: GAL-Survey Niedersachsen 2010 (n=2.036), eigene Berechnungen

Wohnwunsch – (Wohn-)Heim



Quelle: GAL-Survey Niedersachsen 2010 (n=2.036), eigene Berechnungen

Wohnausstattung der 70-Jährigen



Quelle: GAL-Survey Vechta 2013 (n=1.819), eigene Berechnungen

Ziele der Wohnraumanpassung

- ↪ Menschen einen möglichst langen Verbleib in der angestammten Wohnung und Wohnumgebung ermöglichen
- ↪ Betreuungspersonen bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit entlasten und unterstützen
- ↪ Effizienz und Effektivität in der häuslichen, ambulanten und stationären Versorgung erhöhen
- ↪ Wohnungsanpassungsmaßnahmen kommen letztlich auch den zukünftigen Bewohnern und ihren Unterstützungspersonen zugute

Wichtige Bausteine: Beratung und Finanzierung

- ↳ Strukturelle Wohnungsanpassung:
Barrierefreier Umbau, Sanierungen und Modernisierungen unabhängig vom akuten Bedarf der Bewohnerinnen
- ↳ Individuelle Wohnungsanpassung:
Barrierefreier Umbau, Sanierungen und Modernisierungen sowie Hilfsmittel und Technikeinsatz im Einzelfall – Anpassung der Wohnung/des Hauses an die konkreten Bedarfe

Auch Individuelle Wohnungsanpassung ist bereits im Vorfeld einer Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit angeraten -> Beratung und Finanzierung sind dann entscheidende Punkte!

Zentrale Punkte der Diskussion (und Anregungen)

- ⇒ Wohnberatung (WB) wird als sehr wichtig erachtet. Mehr Öffentlichkeitsarbeit wird gewünscht (womit WB noch mehr nachgefragt werden würde); von allein kommt eher wenig Nachfrage, oft erst im „Notfall“; der Bedarf wird aber „objektiv“ diagnostiziert
- ⇒ Der Nutzen beschränkt sich nicht nur auf den Einzelfall, sondern auch das unterstützende soziale Umfeld, die Versorgungsstrukturen, die nachfolgenden Generation und die Gesellschaft insgesamt
- ⇒ Stützpunkte/Anlaufstellen sind schon viele vorhanden (weniger auf dem Land -> Zugehende und mobile Beratung, Wanderausstellung?), sie sind aber personell oft unterausgestattet und/oder haben zu wenig Zeit für diese Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit, was sich auch in der Qualität der Beratung niederschlagen kann.

Zentrale Punkte der Diskussion (und Anregungen)

- ↳ Ehrenamtliche wirken z.B. als Multiplikatoren und können helfen, die Themen bekannt zu machen, können aber keine professionelle Beratung ersetzen (Haftungsfragen, Schulungen, AAL dann auch noch usw.), und sie müssen auch angeleitet werden -> hauptamtliche Mitarbeiter nötig
- ↳ Mindestens eine halbe Stelle pro Kreis / kreisfreie Stadt wird gefordert
- ↳ Wer zahlt? Pflegekassen, Steuern (Land oder Kommune) usw.?
Unternehmensnetzwerke, Handwerke und Firmen, die daran verdienen (werden), mit der Gefahr, die Unabhängigkeit zu verlieren?
- ↳ Wo finanzielle Unterstützung möglich ist, ist der bürokratische Aufwand oft hoch (Formulare, Regelungen). Wo ohnehin saniert oder umgebaut wird, sind die Mehrkosten aber gering, manches geht kostenneutral!

Zentrale Punkte der Diskussion (und Anregungen)

- ↳ Es fehlt auch strukturell an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum für verschiedene Lebenslagen und Lebensformen (idealiter im Quartier)
- ↳ Förderung auch für (sozial schwächere) Eigentümer?

Fazit:

Alles was kostenneutral (oder fast kostenneutral) an struktureller und individueller Wohnungsanpassung möglich ist, sollte auch umgesetzt werden. Dabei sind Beratung und Information effektiv und sinnvoll (wo Zuschüsse nötig sind, ist Beratung sowieso sinnvoll).

Mindestens eine halbe Stelle pro Kreis / kreisfreie Stadt scheint nicht überzogen als Forderung